

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.
Es folgt Punkt 5

Meißeier.

Hierzu legen die Anträge 60 bis 64 und die Mai-Resolution des Münchener Parteitag vor, die genügend unterstützt werden. Antrag 65 wird nicht unterstützt.

An Stelle des Referenten Richard Fischer, der im Laufe des Nachmittags in geschäftlichen Angelegenheiten plötzlich nach Berlin hatte abreisen müssen, übernimmt das Referat

Präsident: Nachdem die Anträge, was ich eigentlich nicht erwartet hätte, unterstützt worden sind, muß ich auf sie eingehen. Ich glaube, daß wir an dem Wesen der Meißeier, wie sie jetzt besteht, im großen und ganzen nichts ändern können und dürfen. Wenn vielfach gewünscht wird, daß die Meißeier einen größeren und allgemeineren Umfang annehme, so muß daran erinnert werden, daß hier sehr weitgehende Fragen wirtschaftlicher Natur in Frage kommen, und die Gewerkschaften die Entschädigung der Gemahregelten zu tragen haben. Der Antrag 60 ist derart, daß man ihn wohl dem Vorstand zu Verächtlichung überweisen könnte. Wenn dann zur Zeit keine dringenden Aufgaben zu erfüllen sind, so kann ja eventuell ein solches Flugblatt herausgegeben werden. Im übrigen bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen und lediglich die im vorigen Jahre beschlossene Resolution zu erneuern. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weiße fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Deutschland ist bisher dasjenige Land, das den Gedanken der Meißeier am erfolgreichsten propagiert hat. Es empfiehlt sich nicht, die Meißeier ihres jetzigen Charakters zu entkleiden. Deshalb bin ich auch gegen den Antrag, die Meißeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Nehmen sie also die Münchener Resolution einstimmig wieder an!

Ein Antrag Timm auf Schluß der Debatte, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dr. Friedeberg-Berlin empfiehlt den Antrag 63. Wenn wir in unsrer Bewegung den Klassenkampfcharakter betonen, so müssen wir auch diejenigen Einrichtungen fördern, die geeignet sind, diesen Klassencharakter unsres Kampfes deutlich zu charakterisieren. Da kommt in erster Linie die Meißeier in Betracht, der die Idee zu Grunde liegt, daß wenigstens an einem Tage im Jahre der Arbeiter Herr über seine Arbeitskraft sein soll, die er sonst stets zu verkaufen gezwungen ist. Wir haben also nicht etwa diesen Charakter der Meißeier irgendwie abzuschwächen, sondern ihn im Gegenteil möglichst herauszuarbeiten. Sie sprechen von dem großen Siege, den wir am 16. Juni erfochten haben, aber liefern Sie doch auch den Beweis, daß hinter diesen 3 Millionen Persönlichkeiten stehen, die für unsre Ideen eintreten. Das geschieht dadurch, daß für den ersten Mai allgemeine Arbeitsruhe vorgeschrieben wird. Mag sein, daß ein solcher Beschluß nicht durchzuführen wäre; aber unser ganzes Programm besteht ja aus Forderungen, die nicht durchgeführt sind. Man sagt, die Sache würde zu teuer sein und zu viel Opfer erfordern, aber müssen wir denn nicht allenthalben Opfer

bringen? Wie viel Opfer erfordert nicht alljährlich die Schwindsucht. (Anruhe. Zurufe: Wir sind doch nicht in einer Volksversammlung!) Die Meißeier hat aber besonders auch die Bedeutung, daß hier die Möglichkeit für ein wirkliches Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaften gegeben ist und daß durch die Meißeier auch in den Gewerkschaften der Klassenkampfcharakter betont wird. Ich bitte sie also, dem Antrag 63 zuzustimmen.

Widmer: Auch mir genügt die bisherige Fassung der Resolution nicht, weil sie zu dehnbar ist. Deswegen meine ich, daß der Parteitag sich unbedingt mal mit der Frage beschäftigen muß, ob nicht allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai stattfinden soll. Dann muß auch erörtert werden, in welcher Weise die Entschädigungsfrage für die Gemahregelten zu regeln ist. Darüber muß sich der Parteitag mit dem Gewerkschaftskongress ins Einvernehmen setzen. Im übrigen stimme ich dem Vordrner zu.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung über die geschäftlichen Dispositionen des Vordrner bemerkt

Singer: Ich halte es für selbstverständlich, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zum Abschluß bringen können. Bedenken Sie, was es, nicht vor den Gegnern — das kann uns gleichgültig sein —, aber vor den Parteigenossen im Lande für einen Eindruck machen würde, wenn wir eine große Anzahl wichtiger Punkte in einer Weise erledigen würden, die einfach verächtlich zu nennen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem wir den großen, wichtigen Fragen, die uns bisher beschäftigt haben, und über die allerdings gesprochen werden mußte, die notwendige Zeit gewidmet haben, sind wir verpflichtet, den Anträgen über Arbeiterschutzgesetzgebung und sonstige Wahrung der Arbeiterinteressen ebenfalls Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn es manchem schwer wird, länger hier zu bleiben, so glaube ich, werden wir lieber diejenigen, die absolut abreisen müssen, entschuldigen, als daß wir jetzt eine große Anzahl von Anträgen absetzen oder ohne unzulängliche Debatte erledigen. Außerdem sind wir doch schließlich auch nur Menschen. Wie könnte man abends noch in diesem Saale sitzen? Das wäre doch kein arbeiten mehr. Ich schlage vor, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zu Ende führen, sondern morgen früh um 11 Uhr fortsetzen. (Beifall.)

Der Parteitag ist damit einverstanden. Nachdem ein Schlusstrag abgelehnt ist, beschließt der Parteitag die Vertagung.

Singer teilt mit, daß eine Privatsammlung für die streikenden Ermittschauer Textilarbeiter 482,40 Mark ergeben hat. (Lebhafte Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Siebenter Verhandlungstag.

Sonntag den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 11¼ Uhr. Den Vorsitz führt Raden.

Mühle-Harburg giebt die Erklärung zu Protokoll, daß er für die von der Mehrheit angenommene Resolution über die Vizepräsidenten-Frage gestimmt haben würde, wenn er anwesend gewesen wäre. Er hat in Chemnitz an dem Abstimmungstage eine Versammlung abgehalten.

Es sind Begrüßungen eingelaufen, die verlesen werden. Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Diskussion über Punkt 5: Die **Maifeier**, wird fortgesetzt.

Eiserfeld-Krefeld: Ueber die Beteiligung an der **Maifeier** besteht wohl eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Abhaltung der **Maifeier** knüpfen, sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Besonders im **Auslande** hat die **Maifeier** noch wenig Boden gefaßt, wenn auch überall langsam Fortschritte gemacht werden. In **England** wird sie mit der wachsenden Stärke der politischen Arbeiterbewegung sich sicher besser einbürgern und den demonstrativen Charakter annehmen, den wir wünschen. In **Deutschland** wird die Beteiligung von Jahr zu Jahr stärker und sie würde noch stärker sein, wenn nicht die wirtschaftliche Krise gekommen wäre. Wir leben ja nicht in **Wolkensucktsheim**; wir können nicht unter allen Umständen am 1. **Mai** die Arbeit ruhen lassen, denn wie sollten die Gewerkschaften sonst die Kosten für die Entschädigung der Gemahregelten tragen! Durch die **Maifeier** dürfen die Kassen der Gewerkschaften nicht geleert werden. Glücklicherweise läßt das Ausscherrungsieber der Unternehmer nach; sie haben in der Sache ein Haar gefunden. Die Gewerkschaftsführer haben also nicht etwa Ursache zu bremsen. In vielen Städten haben die Unternehmer ja die Angst vor der **Maifeier** verloren und in vielen Betrieben die Arbeitsruhe am 1. **Mai** bewilligt. Ich stehe auf dem Boden der Resolution des Vorstandes.

Krüger-Dresden. Es ist in den verflochtenen Debatten viel davon gesprochen worden, daß man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen solle. Die Arbeiter wünschen aber keine Aenderung der **Maifeier**. Meiner Ansicht nach wird die Sache am besten von den Gewerkschaften erledigt, jedenfalls im Einverständnis mit ihnen, da sie für die Kosten einzutreten haben. Eine Einschränkung der **Maifeier**, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. Wenn man z. B. die Feier auf den ersten Sonntag im **Mai** verlegen sollte, so wäre es keine **Maifeier** mehr, sondern ein gewöhnliches Sommerfest ohne demonstrativen Charakter.

Kniphols-Friedberg: Bei uns herrscht die größte Mißstimmung darüber, daß nichts geschieht, um die **Maifeier** auch auf dem platten Lande populär zu machen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand ein geeignetes Flugblatt über die Bedeutung des ersten **Mai** herausgibt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie um die Annahme unseres Antrags.

Gewehr-Eberfeld: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir an dem System unserer **Maifeier** nichts ändern, sondern sie in dem bisherigen Sinne weiter ausbauen sollen. Das aber muß den lokalen Organisationen überlassen werden; deren Aufgabe ist es, die Idee des Sozialismus und den Gedanken des Acht-tagesfestes weiter zu propagieren. (Zustimmung.)

Wibe-Dreslau empfiehlt den Antrag 64. Es waltet eine gewisse Mißstimmung über die **Maifeier** vor. Die **Maifeier** soll eine Demonstration sein, ist es aber nicht, denn die Arbeiter, die sich beteiligen, bilden doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft. Besonders im Osten kann nicht davon die Rede sein, daß die **Maifeier** einen demonstrativen Charakter habe. Aus diesen Gründen sagten sich die **Dreslauer:** Entweder volle Arbeitsruhe am 1. **Mai** oder gar keine. Und da wir die volle Arbeitsruhe nicht durchführen können, so halten wir es für besser, ganz darauf zu verzichten und nur abends in Versammlungen den 1. **Mai** zu feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Berichterstatter **Pfaundsch** verzichtet aufs Schlußwort.

Die **Münchener** Resolution über die **Maifeier** wird erneut beschloffen. Damit sind die Anträge 60 bis 65 erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Den Vorsitz übernimmt

Singer und teilt mit, daß seitens der Kontrollkommission die Genossen **Eberhardt-Charlottenburg** und **Wengels-Berlin** in den Partei-

vorstand gewählt sind. Vorsitzender der Kontrollkommission ist **Reister-Hannover**.

Bevor in den Beratungen fortgefahren wird, erklärt

Singer: Ich glaube, es wird den Parteitag interessieren, wenn ich ihm das Urteil des **Laurahütten-Prozesses** mitteile. Dies Urteil ist ein Beweis für die neueste Anwendung der milden Form des Klassenkampfes (Sehr gut!) seitens der bürgerlichen Gesellschaft, vertreten durch die Instanzen und durch die Institutionen, welche die Gesellschaft sich unter andern auch in der Justiz gegeben hat. Es sind im ganzen 43 Jahre 1 Monat Gefängnis verhängt. (Große Beiwegung und lebhaftes Entrüstungsrauschen.)

Der Parteitag tritt hierauf in die Beratung des Punktes 7 der Tagesordnung:

Anträge zum Programm und zur Organisation.

Auf das Programm beziehen sich die Anträge 66 und 68. Beide erhalten nicht die genügende Unterstützung und sind insolgebeffen erledigt.

Singer: Die auf die Organisation bezüglichen Anträge zerfallen in drei Gruppen; die erste Gruppe bezieht sich auf den § 2 des Organisationsstatuts, der vom Ausschluß handelt, die zweite auf die Vertretung der Fraktion auf künftigen Parteitag, die dritte Gruppe bezweckt eine andre Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf Parteitag. Hierzu liegt der Antrag 134 vor, der eine Vertagung bis zum nächsten Jahre bedeutet. Ich beabsichtige, zunächst diesen Antrag zur Beratung und Abstimmung zu bringen. Daher aber muß ich die Unterstützungsfrage für alle Anträge zur Organisation stellen.

Sämtliche Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, werden genügend unterstützt.

Glückbach-Köln widerspricht dem Vorschlage **Singers**, zuerst den Antrag 134 zu beraten.

Die Abstimmung ergibt, daß der Parteitag sich dem Vorschlage **Singers** anschließt.

Es wird also zunächst Antrag 134 beraten.

Gewehr-Eberfeld: Wir haben den Antrag 134 nicht mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, sondern aus sachlichen Gründen gestellt, weil die verschiedenen Vorschläge eine Vorberatung erfordern. Wir werden doch wohl die Frage noch ein Jahr vertagen können.

Stuhbe-Hamburg ist gegen die Vertagung der Frage. Bereits in **Lübeck** haben wir den Vorstand beauftragt, § 3 des Organisationsstatuts zu revidieren; das ist durch den vorliegenden Antrag des Vorstandes geschehen, es liegt gar kein Grund vor, diesen Antrag jetzt nicht zu erledigen.

Der Antrag 134 wird angenommen. Damit sind die Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, dem Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 8: Sonstige Anträge, die in die drei Gruppen: Agitation, Presse, Zeit und Tagesordnung des nächsten Parteitages gegliedert werden.

Zum Punkte: Agitation gehören die Anträge 86, 87, 88, 89, 40, 41, 42, 58, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 67, 112, 113, 115, 116, 117, 119, 126, 127, 133.

Antrag 114, der die **Alkoholfrage** betrifft, wird von **Hering-Flensburg** mit der Motivierung zurückgezogen, daß eine eingehende Beratung dieser wichtigen Angelegenheit bei der vorgerückten Zeit nicht möglich sei. Hoffentlich werde man im nächsten Jahr Zeit zu gründlicher Erörterung finden.

Die erforderliche Unterstützung finden nur die Anträge 86, 58, 54, 55, 56, 59, 112, 119 und 133. Diese werden zur Debatte gestellt.